

Antworten des Landesverbandes DIE LINKE auf die Wahlprüfsteine der Deutschen Schmerzgesellschaft e. V.

1. Versorgung im ländlichen Raum:

a. Wie wollen Sie die medizinische Versorgung in ländlichen Gebieten sicherstellen und verbessern?

Eine bedarfs- und qualitätsgerechte gesundheitliche Versorgung in allen Landesteilen ist nach Auffassung der Partei Die Linke zukünftig nur zu erreichen, wenn konsequent alles getan wird, um die Versorgung sektorenübergreifend zu denken, zu planen und umzusetzen. Parallel dazu muss der wirtschaftliche Druck auf Leistungserbringende allenthalben reduziert werden

Wir unterstützen daher u. a. folgende Maßnahmen, um die gesundheitliche Versorgung in allen Landesteilen auf hohem Niveau zu gewährleisten:

- abgestufte verbindliche Planungen der gesundheitlichen Versorgung ausgehend von den konkreten demografischen und örtlichen Bedingungen im entsprechenden Gebiet auf landesweiter, regionaler und kommunaler Ebene unter Mitwirkung aller relevanten Gesundheitsakteure der ambulanten und stationären Versorgung, des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, der Verwaltung, der gesetzlichen Kassen und der Bevölkerung;
- verbindliche Einbeziehung sozialer und gesundheitlicher Themen in die Landesentwicklungsplanung;
- Ausbau des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, damit in größerem Umfang präventive Aufgaben übernommen werden können sowie zur Stärkung der Kapazitäten im Bereich der Verhältnisprävention;
- Förderung von Telemedizin und Förderung der Digitalisierung sowie Einrichtung eines „Kompetenzzentrums für Telemedizin und E-Health“;
- angepasste und angemessene Vergütungsstrukturen, die eine sektorenübergreifende und mobile Versorgung fördern;
- Schaffung von Rahmenbedingungen, Ausbildungsmöglichkeiten und Förderung des Einsatzes von Gemeindepflegerinnen und -pflegern sowie von weiteren geeigneten - ggf. neuen - Gesundheits- und Heilberufen, um den ärztlichen oder standortgebundenen Bereich zu entlasten und mobile Versorgung zu erleichtern bzw. zu ermöglichen;
- Ausbau und Anpassung des öffentlichen Personennahverkehrs.

b. Welche Anreize planen Sie für Ärzte, Pflegekräfte, Physiotherapeuten sowie speziellen Schmerzpsychotherapeuten, um diese zur Arbeit in ländlichen Regionen zu bewegen?

Unsere Partei hält u. a. Maßnahmen für wichtig, welche die Risiken und Grenzen einer Niederlassung senken, die Attraktivität des ländlichen Raumes als Lebensmittelpunkt erhöhen und/oder Ressentiments gegenüber Zugezogenen reduzieren. Als solche werden gesehen:

- Förderung von Modellen, die es gestatten tätig zu werden, ohne die finanzielle Last einer kompletten Praxisübernahme tragen zu müssen; Aufbau von kommunalen medizinischen Versorgungszentren
- Ermöglichung von interdisziplinären Praxen und Kooperationen zwischen Ärztinnen bzw. Ärzten und anderen Gesundheitsberufen;

- angemessene Vergütungen, die auch eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben gestatten;
- Abschaffung von Budgetierungen, welche die Anzahl der Patientinnen und Patienten oder die Art bzw. den Umfang der Behandlung beschränken;
- Förderung innovativer Modelle wie Gemeinschaftspraxen, Praxisgemeinschaften, rollende Arztpraxen, Einsatz von Gemeindeschwestern oder -pflegern;
- Bereitstellung von notwendigen Infrastrukturleistungen, z. B. von Kita-Plätzen und Schulen;
- Vorhaltung von infrastrukturellen Angeboten des täglichen Bedarfs;
- öffentliche Verkehrsanbindungen zu Angeboten der Bildung, der Kultur und des Sportes, insbesondere deren Erreichbarkeit durch Kinder und Jugendliche bzw. andere Personen, die nicht individuell motorisiert mobil sind;
- Förderung von Maßnahmen der Willkommenskultur.

c. Welche Schritte werden unternommen, um die Ausbildung und Weiterbildung von Ärzten und Pflegekräften im Bereich Schmerztherapie zu fördern?

Die Linke befürwortet die Einführung einer fachärztlichen Spezialisierung Schmerzmedizin ebenso wie die Berücksichtigung der Schmerzmedizin in der akademischen und nichtakademischen Ausbildung sowie in der Fort- und Weiterbildung. Allerdings werden die entsprechenden Entscheidungen im Falle der fachärztlichen Spezialisierung durch die Selbstvertretung der Ärzteschaft getroffen. Die Lehrinhalte einer ärztlichen Ausbildung können durch die Landespolitik nicht beeinflusst werden. Für die Fälle der nichtakademischen Ausbildung wird befürwortet, auf bundesweit einheitliche Inhalte hinzuwirken.

d. Wie wollen Sie Anreize setzen, dass sich genügend Fachärzte in Ihrer Region ansiedeln und tätig werden? Sind die Institutionen (z.B. Kassenärztliche Vereinigungen) des Gesundheitswesens hier genug tätig bzw. wo sehen Sie wie Aktivierungsmöglichkeiten?

Es wird auf die Antworten zu 1 a und 1 b verwiesen. Von einer Bewertung der Institutionen wird Abstand genommen.

2. Versorgung und Zugang zu Schmerztherapie:

- Welche Maßnahmen planen Sie, um den Zugang zu spezialisierten Schmerztherapien für chronische Schmerzpatienten in Thüringen/Brandenburg/Sachsen zu verbessern?**
- Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Versorgung von chronischen Schmerzpatienten auch im ländlichen Raum gewährleistet ist?**
- Wie kann eine bedarfsgerechte Versorgung von Schmerzpatienten in der ambulantstationären Versorgung aussehen?**
- Welche große Gefahr sehen Sie in Bezug auf die Versorgung von Schmerzpatienten im deutschen Gesundheitssystem?**
- Wie können Sie langfristig eine bedarfsgerechte Versorgung von Schmerzpatienten im deutschen Gesundheitsbereich sicherstellen, ohne dabei Anfahrtswege zu verlängern?**

Zusammenfassende Antwort zu Fragenkomplex 2:

Ohne Frage gehören Schmerzen zu den Krankheitswirkungen und -folgen, die Lebensqualität und Selbstbestimmung sehr einschränken. Ein hoher Anteil der Bevölkerung ist in unterschiedlich starkem Maße von z. T. chronischen Schmerzen betroffen. Es besteht ein hoher Leidensdruck und sowohl persönlich als auch gesellschaftlich werden Krankheitskosten verursacht. Daher

unterstützen wir alle Maßnahmen, die im Sinne von Patientinnen und Patienten sind, um die Schmerzbehandlung zu verbessern und so zur Linderung von Schmerzen, insbesondere chronischen, beitragen. Wir unterstützen außerdem Maßnahmen, die präventiv wirken, wie z. B. Bewegung.

Der Landespolitik stehen nur sehr eingeschränkt Möglichkeiten zur Verfügung, um konkrete diagnostische Möglichkeiten und therapeutische Abläufe zu verbessern. Sie kann bestenfalls anregen, in einer bestimmten Richtung zu wirken, sie kann aber nicht unmittelbar Einfluss nehmen. Die in diesem Komplex 2 angesprochenen Fragen gehören nicht zu den hoheitlichen Aufgaben, die durch eine Landesregierung oder durch einen Landtag zu lösen sind. Allerdings können in den Bundesländern sowie aus den Bundesländern heraus Veränderungen angeregt oder mittelbar wirkende Akzente gesetzt werden. Als solche sind denkbar:

- Unterstützung von Maßnahmen der Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema chronische Schmerzen;
- Unterstützung von Netzwerken interprofessioneller Zusammenarbeit sowie die Förderung der Versorgungsforschung zur Behandlung von Erkrankungen, insbesondere solchen mit vielfältigen Ursachen und Ausprägungen;
- Anregung des bestehenden Gemeinsamen Landesgremiums gemäß § 90a SGB V, sich mit der Problematik zu befassen;
- Aufnahme von Schmerzzambulanzen und ähnlichen spezialisierten Einrichtungen in ggf. bestehende gesundheitliche Bedarfsplanungen;
- Programme zur Förderung der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, insbesondere auch der Zugänge zu Praxen und anderen Einrichtungen der gesundheitlichen Versorgung;
- Verbesserung der Prävention z. B. durch Ausbau des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, aber auch durch Förderung des Breitensportes;
- Maßnahmen, um die flächendeckende gesundheitliche Versorgung zu gewährleisten;
- Maßnahmen zum Ausbau der digitalen Infrastruktur und Förderung der Telemedizin.

Gefahren bezüglich der nichtangemessenen Versorgung von Schmerzpatientinnen und -patienten sehen wir u. a. in der in Deutschland bestehenden sektoralen Gliederung des Gesundheitswesens, wodurch Schnittstellen- und Finanzierungsprobleme entstehen, im Kostendruck bzw. im Vergütungssystem des Gesundheitswesens, wodurch die Wahl diagnostischer oder therapeutischer Maßnahmen beeinflusst wird und zu wenig Zeit für Gespräche bleibt, im Fachkräftemangel in den akademischen und nichtakademischen Heil- und Gesundheitsberufen sowie in fehlenden Ausbildungsinhalten und folglich Fachkenntnissen zu dieser komplexen Problematik.

3. Finanzierung, Kosten, Bund-Länderaspekte

a. Welche Maßnahmen planen Sie, um die finanzielle Belastung für chronische Schmerzpatienten zu reduzieren, insbesondere in Bezug auf Medikamente und therapeutische Maßnahmen?

Die Partei Die Linke will eine solidarische gesetzliche Krankenversicherung, in die alle für alle Einkommensarten einzahlen. Die Beitragsbemessungsgrenze soll abgeschafft werden, womit gesichert werden kann, dass in das System entsprechend der ökonomischen Leistungsfähigkeit eingezahlt wird. Private Krankenversicherungen führen unseres Erachtens zu einer Zwei-Klassen-Versorgung und stehen dem Solidarprinzip entgegen. Ziel ist, dass die

Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung eine für Patientinnen und Patienten vollständig kostenfreie Behandlung und therapeutische Versorgung gestatten.

b. Die Gesundheitsministerkonferenz der Länder und des Bundes (GMK) hat in den letzten Jahren mehrere Beschlüsse zur Schmerzversorgung gefasst. Inwiefern sehen Sie Ergänzungs-/Aktualisierungsbedarf? Würden Sie eine erneute Beratung in der GMK befürworten?

Wir halten es für wichtig und erforderlich, dass sich die GMK regelmäßig mit den Fragen der Schmerzversorgung befasst, da die Probleme einen großen Teil der Bevölkerung betreffen und dies somit auch als eine Frage der öffentlichen Gesundheit aufgefasst werden kann. Dies spricht dafür, in die Überlegungen auch Fragen der Schmerzprävention oder auch der Barrierefreiheit einzubeziehen. Zudem sollte die interprofessionelle Arbeit zur Behandlung chronischer Schmerzen bis hin zu deren psychischen Aspekten unterstützt und eine Verbesserung der Versorgungsforschung angeregt werden.

c. Wie stellen Sie sicher, dass Patienten langfristig gut versorgt sind, bei den sich zuspitzenden Personal- und Finanzierungsproblemen des Gesundheitssystems?

Hinsichtlich der Reduzierung der Personalprobleme halten wir verschiedene Maßnahmen für sinnvoll, die darauf gerichtet sind, Fachkräfte im Gesundheitswesen zu gewinnen und zu halten. Dies sind u. a.:

- Aufwertung der Gesundheitsberufe durch Schulgeld- und Lernmittelfreiheit sowie angemessene Ausbildungsvergütungen;
- Schaffung fließender Übergänge zwischen Bildungsniveaus durch Anerkennung und Anrechnung bereits vorliegender Qualifikationen bei Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie bei weiterführenden Ausbildungen bzw. Studien, z. B. durch (bundesweite) Vereinheitlichung von Ausbildungsgängen (auch in Helfer- und Assistenzberufen);
- Gewährung angemessener Verlängerungsoptionen über ursprüngliche Ausbildungszeiten hinaus, um auch im Falle von Schwangerschaft, Mutterschaft, schwerwiegenden Erkrankungen und/oder Behinderungen einen erfolgreichen Ausbildungsabschluss zu ermöglichen;
- Erhöhung der Zahl der Studien- und Ausbildungsplätze;
- zügige Anerkennung ausländischer Abschlüsse sowie Unterstützung beim Spracherwerb für Fachkräfte aus dem Ausland;
- Gewährleistung guter Arbeitsbedingungen, wie flexible Arbeitszeiten, gute Bezahlung, Bildungsfreistellungen, durch angemessene Vergütung der Leistungen;
- Entlastung durch elektronische Gestaltung notwendiger bürokratischer Vorgänge und wiederkehrender Aufgaben in den Praxen, ggf. Einsatz technischer Hilfsmittel zur Reduzierung physischer Belastungen;
- Ausbau der telemedizinischen Möglichkeiten und digitalen Angebote;
- Eine neue Arbeitsteilung in den Gesundheitsberufen und damit eine Attraktivitätssteigerung in der Pflege.

Außerdem wird auf die Antworten auf die Fragen 1 a und 1 b (Versorgung im ländlichen Raum) sowie 3 a (Finanzierung) verwiesen.

d. Welche Maßnahmen erachten Sie als notwendig, um die Gesundheitsversorgung in Deutschland zu verbessern und was davon wollen und können Sie in ihrem Bundesland davon umsetzen?

In Deutschland müssten nach Auffassung der Partei Die Linke vielfältige Maßnahmen getroffen werden, um das Gesundheitssystem weiter zu verbessern. Dazu gehören – wie teilweise oben bereits erwähnt – Maßnahmen, um die Übergänge zwischen Sektoren und zwischen Professionen patientenfreundlicher zu gestalten, um die Finanzierung aller gebotenen Behandlungen über eine solidarische Krankenversicherung zu erreichen, um den Kostendruck von den Leistungserbringenden zu nehmen, indem z. B. Fallpauschalen und Budgetierungen abgeschafft werden, oder auch um die deutschlandweite Aufwertung der Berufe z. B. durch Vereinheitlichung der Standards, entsprechende Vergütungen (auch in der Ausbildung) und angemessene Personalschlüssel zu erreichen.

Die Länder könnten hier z. B. in der Übergangszeit bis zu bundeseinheitlichen Regelungen eine Aufwertung der Gesundheitsberufe durch Schaffung von Schulgeld- und Lernmittelfreiheit sowie angemessene Ausbildungsvergütungen, behelfsweise durch Zahlung monatlicher, laufender Ausbildungszuschüsse unterstützen.

Hinsichtlich einer Verbesserung der stationären Behandlung z. B. der postoperativen Schmerzbehandlung sei darauf hingewiesen, dass Brandenburg seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Bereitstellung der Krankenhausinvestitionen im vollen Umfang nachkommen muss. Benötigt werden dafür 200 Millionen jährlich.